KOMMENTAR

Unverdrossen

STEFAN SOMMER
zum Beschwerdeausschuss

Einen Tag nach der Befragung, an der so wenige Interesse zeigten, wurde gestern Bilanz bei einer ganz anderen Art der Bürgerbeteiligung gezogen. Und die wird rege genutzt.

Rund hundert Anregungen und Beschwerden von Kölnern behandelt der Ratsausschuss, den es nun seit einem Vierteljahrhundert gibt, pro Jahr. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Eine deutlich höhere Zahl von Anfragen kann schon im Vorfeld geklärt werden – oft einfach damit, dass die richtigen Ansprechpartner in der Verwaltung vermittelt werden.

Schon das allein ist Existenzberechtigung genug für diesen Ausschuss, der in der Gemeindeordnung nicht verpflichtend vorgeschrieben ist.

In der Mehrheit der Fälle stellen sich die Kommunalpolitiker zudem hinter die Anliegen der Antragsteller. Und oft gilt: Keine Verwaltung ist so gut, dass sie nicht noch Tipps von Leuten annehmen könnte, die sich vor Ort auskennen. So gesehen ist der Beschwerdeausschuss ein wirkungsvoller Beitrag gegen Politikverdrossenheit.

Ihre Meinung an: koeln@kr-redaktion.de

Kummerkasten für die Bürger

25 Jahre Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Von ULRICH WOLTER

„Man kann schon was bewirken, wenn man sich als Bürger an den Ausschuss wendet", sagt Horst Thelen (Grüne), Vorsitzender des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden im Rat der Stadt Köln. Vor 25 Jahren hat der Ausschuss seine Arbeit aufgenommen. Anfangs hieß er noch „Beschwerdeausschuss", bis er auf Anregung eines Bürgers seinen Namen änderte. Tatsächlich beträgt das Verhältnis zwischen Anregungen und Beschwerden etwa 70:30. Seine Mitglieder sehen ihre Arbeit als „Kummerkasten".

Zuständig ist der Ausschuss in allen Fragen, bei denen die Stadt die Entscheidungshoheit hat, sofern sie nicht in die Zuständigkeit der Bezirksvertretungen fallen. In Anspruch nehmen können ihn nicht nur Kölner, die Antragsteller müssen auch nicht volljährig sein oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Beschlüsse des Ausschusses sind keine Entscheidungen in der Sache, sondern Empfehlungen an die zuständigen Stellen oder die Fachausschüsse.

Jedes Jahr werden etwa hundert Anregungen und Beschwerden von Bürgern behandelt. Dabei geht es meist um die Themen Straßenverkehr, Ordnungsrecht und Schulen. In etwa 60 Prozent der Fälle schließt sich der Ausschuss ganz oder teilweise dem Antrag der Bürger an. Die entscheidenden Gremien wiederum folgen in 77 Prozent dieser Fälle der Empfehlung des Ausschusses.

Dokumentation im Internet geplant

Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Der Ausschuss unterstützte und bekräftigte die Forderung nach mehr gemeinsamem Schulunterricht für Kinder mit und ohne Behinderung. Die Fachausschüsse und der Rat schlossen sich dem an. Mitte 2012 soll der so genannte „Inklusionsplan" vorliegen.

Die Geschäftsstelle des Ausschusses ist zu erreichen im Bürgeramt Innenstadt, Laurenzplatz 1, Telefon 221-2 61 44 oder -2 2072. Innerhalb von drei Monaten sollen die Anliegen mit der Stellungnahme der Fachämter dem Ausschuss vorgelegt werden. Die Antragsteller haben bei den Beratungen im Ausschuss Rederecht. In Zukunft sollen sie auf Wunsch des Ausschusses eine vollständig Dokumentation von der Eingabe ihres Anliegens über den Beschluss bis zur möglichen Umsetzung im Internet finden – wie Thelen hofft, noch in diesem Jahr.

www.buergeramt-innenstadt@stadt-koeln.de